FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Resolution 01

Die AK Wien stellt fest, dass die EU bei den internationalen Handelsverträgen mit anderen Staaten, nämlich TTIP, CETA, TISA etc. die Verhandlungen sehr unprofessionell, intransparent und unfair führt. Die Mitarbeit und Teilnahme an der Verhandlungsführung wurde den einzelnen Staaten sowie Institutionen nicht nur vorsätzlich erschwert, sondern im nötigen Umfang gar nicht ermöglicht. Das Verweigern von ausführlichen Verhandlungsprotokollen und Informationen über den jeweiligen Verhandlungsstand aller Vertragspartner, also auch der USA, ist ein Affront für alle EU Staaten und Institutionen.

Wichtige Grundregeln wurden bei diesen Verhandlungen missachtet:

- Die volle Teilnahme und Information beim Verhandlungsverlauf war nicht gegeben.
- Die Sicherung der nationalen Umwelt- und Sozialstandards der einzelnen EU Länder wurde missachtet.
- OptOut Regelungen für einzelne EU Staaten ohne Strafzahlungen und/oder Sanktionen entweder im Verhandlungsverlauf oder nach dem Beitritt zum Vertrag sind nicht vorgesehen.
- Eingebaute Zielvorgaben in den Verträgen, in denen den Ländern ein gewisser Mindesterfolg durch den Vertrag garantiert wird, gibt es nicht.
- Regelungen im Vertrag, die nicht nur die ökonomischen Ziele, sondern auch Verbesserungen im Umwelt- und Sozialbereich garantieren, sind nicht vorgesehen.
 - Die Installation von Schiedsgerichten und Investitionsschutzklauseln ist bei Verträgen zwischen rechtsstaatlich hochentwickelten Ländern nicht nur bedenklich, sondern geradezu unmoralisch. Durch solche Verträge wird der Rechtsstaat de facto ausgehebelt.
- Die Berücksichtigung von Interessen von ArbeitnehmerInnen, Umwelt- und Konsumentenschutz hat bestenfalls Alibicharakter.

Die AK Wien stellt fest, dass sie mit einer solchen Art der Verhandlungsführung zutiefst unzufrieden ist.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 01

Faire und transparente TTIP Verhandlungen

Die AK Wien spricht sich für fairere und transparentere Verhandlungen beim Freihandelsvertrag TTIP aus.

Die Verhandlungsführung findet nahezu völlig unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auch gewählte Mandatare/Mandatarinnen oder auch Interessensvertretungen wie die AK bekommen keinen direkten Einblick in den Stand der Verhandlungen, und was die jeweilige aktuelle Verhandlungsposition der Verhandlungspartner ist. Bestenfalls wird über die EU Position in den Verhandlungen informiert, die Position der amerikanischen Verhandler wird aber nicht übermittelt.

Dass EU Mandatare/Mandatarinnen den Zugang zu Dokumenten nur in einem Lesesaal mit begrenzter Teilnahmerechtigung erhalten, und dann nicht mal Kopien oder Handyaufzeichnungen machen können, ist eine starke Behinderung von demokratisch gewählten Funktionsträgern/Funktionsträgerinnen.

Die wenigen durchgesickerten Informationen lassen vermuten, dass in vielen Fällen eines auftretenden Interessenskonfliktes aufgrund ungenauer, lediglich allgemein gehaltener Formulierungen im Vertrag der stärkere Partner gegenüber dem schwächeren im Vorteil sein wird. Die Position der ArbeitnehmerInnen und kleiner Staaten würde dauerhaft geschwächt werden.

Solch ein Verhalten ist aber nicht gerade vertrauenerweckend, und legt den Verdacht nahe, dass hier mir einer unseriösen Überrumpelungstaktik versucht wird, diesen Vertrag einseitig zugunsten diverser Lobbys durchzupeitschen.

Sollte diese Praxis nicht umgehend geändert werden, dann spricht sich die AK für einen Abbruch der derzeitigen Verhandlungen aus. Die Verhandlungen sollten dann, wenn überhaupt noch Verhandlungen unter fairen Bedingungen möglich sind, nur unter genau festgelegten Regeln und mit neuen Verhandlungsteams aufgenommen werden.

An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, dass laut sämtlichen seriösen Studien (seitens AK und anderer Organisationen) TTIP zu keinerlei statistisch gesichertem Wirtschaftswachstum, Anstieg der Beschäftigung oder Wohlstandswachstum führen wird. Vor diesem Hintergrund müssen die absehbaren negativen Folgen stärker gewichtet werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 02

TTIP Zielvereinbarungen im Vertrag

Die AK Wien spricht sich für einen befristeten TTIP Freihandelsvertrag mit klaren sozialen und ökologischen Zielvereinbarungen aus.

Die TTIP Freihandelsbefürworter stellen die positiven Auswirkungen des Vertrages in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Wohlstandsvermehrung übertrieben dar, und spielen die sozialen und ökologischen negativen Folgen herunter. Es wird hier ganz einfach etwas versprochen und prognostiziert, was in der Realität dann nicht standhalten wird.

Dies sollte aber durch verbindliche Zielvereinbarungen abgesichert werden.

- Es sollten die ILO Arbeitsnormen vom Vertragspartner übernommen werden,
 - Bei den Umweltschutzstandards soll der Standard des jeweils belieferten Landes nicht unterschritten werden. Im Zweifelsfall soll der jeweils bessere bzw. strengere Standard zur Anwendung kommen.
- Arbeitsrechtliche Bestimmungen eines Landes dürfen nicht unterlaufen werden etc.
 - Eine Verschlechterungs- bzw. Verwässerungsverbot für Umwelt- und Sozialstandards soll für eine positive Zukunftsperspektive sorgen. Dies soll verhindern, dass die beteiligten Staaten aus freien Stücken ihre jeweiligen Standards absenken, um sich mittels Umwelt- und Sozialdumpings einen Standortvorteil zu verschaffen.

Sämtliche Prognosen und Versprechungen sollen auf eine seriöse Basis gestellt werden. Simple Versprechungen ohne genauen Fahrplan sind unakzeptabel. Wenn zum Beispiel neue Arbeitsplätze versprochen oder prognostiziert werden, dann sollten hier Eckpunkte definiert werden, wie hoch die Arbeitslosigkeit maximal sein darf. Ebenso sollte ein Mindestgehalt festgelegt werden. Es sollte durch den Vertrag die Schere zwischen arm und reich nicht weiter auseinander gehen etc.

Daher sollte dieser Freihandelsvertrag auf 5 Jahre begrenzt werden. Wenn er dann von den Vertragspartnern nicht verlängert wird, verliert er dann automatisch seine Gültigkeit. Er kann dann wieder neu verhandelt oder auf weitere 5 Jahre verlängert werden. Falls er sich sowieso nicht als vorteilhaft erwiesen hat endet er dann automatisch OHNE SCHWIERIGE AUSSTIEGSKLAUSELN.

Wenn TTIP sich wirklich als so vorteilhaft für alle Beteiligten erwiesen hat, sollte eine

Verlängerung auf weitere 5 Jahre kein Problem sein. Es ist jedenfalls bei der derzeitigen Wirtschaftslage und der politischen Weltlage, wo sich die Ausgangsparameter laufend sehr stark verändern, unseriös Handelsverträge mit so weitreichendem Wirkungsbereich auf „Immer und Ewig“ abzuschließen. Die zunehmende Flexibilität, wie sie von Bürgern, Arbeitnehmern und Betrieben immer wieder gefordert wird, sollte auch hier bei den Handelsverträgen gelten.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 03

TTIP: kein vorläufiges Inkrafttreten

Die AK Wien spricht sich dafür aus, dass der TTIP Vertrag solange nicht in Kraft tritt, bis ausnahmslos alle EU-Länder diesen ratifiziert haben. Ein vorläufiges Inkrafttreten des Vertrages oder von Teilen des Vertrages, auch wenn einzelne Länder diesen noch nicht unterzeichnet haben, wäre zwar rechts-theoretisch nach dem Völkerrecht möglich, aber nach Meinung der AK Wien unzulässig.

Da der TTIP Vertrag der EU mit USA auch die Länderhoheiten betrifft und es sich dabei also um einen „gemischten Vertrag“ handelt, müssen alle EU Länder diesem ausnahmslos zustimmen. Die Frage bleibt offen, was passiert, wenn ein Land diesen TTIP Vertrag ablehnt und nicht ratifiziert.

Rein rechtstheoretisch wäre es möglich, dass Teile des Vertrages dann vorläufig in Kraft treten, bis dann eben alle Länder ratifiziert haben. Dies ist aber nach Meinung der AK Wien eine unzulässige oder zumindest unseriöse Vorgangsweise, da hier schon Sachzwänge geschaffen werden, die rechtlich eigentlich nicht gedeckt sind.

Die AK Wien spricht sich daher strikt gegen ein vorläufiges Inkrafttreten von Vertrags- bestimmungen aus. Auch eine qualifizierte Mehrheit der anderen EU Staaten darf hier nicht als Rechtfertigung dienen.

Diese Klausel, dass Teile des Vertrages oder einzelne Bestimmungen NICHT vorläufig in Kraft treten dürfen, und der Vertrag erst dann wirksam wird, wenn wirklich ALLE LÄNDER RATIFIZIERT HABEN, sollte auch im Vertrag selbst festgehalten werden, damit diese Vorgehensweise von vornherein ausser Streit gestellt ist.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 04

TTIPfreie Länder

Die AK Wien spricht sich dafür aus, dass es den europäischen Ländern, die den TTIP Freihandelsvertrag nicht mittragen können, vom TTIP Vertrag exkludiert werden und als TTIPfreie Länder Mitglieder der EU sind. Alle Rechte und Pflichten, die sich exklusiv aus dem TTIP Vertrag ergeben, sind daher bei TTIPfreien Ländern nicht rechtswirksam.

Wie sich bei der EU Währungsunion gezeigt hat, kann es auch bei wichtigen Verträgen in der EU Ausnahmen geben. Dies ist nicht nur sinnvoll, sondern auch wünschenswert, da sich die EU sonst zu einer Zwangsunion entwickelt, wo der Gestaltungsspielraum der Nationalstaaten aufgehoben wird. Ebenso wie die Ausnahme Englands bei der Währungsunion für die EU verkraftbar ist, müsste es auch möglich sein, für einzelne Länder eine Ausnahmebestimmung zum TTIP Vertrag zu schaffen.

Der Freihandelsvertrag gilt dann eben nur für die unterzeichnenden Länder. Die nicht unterzeichnenden Länder würden dann als TTIPfreie Länder weiter in der EU verbleiben. Dies würde dann in der Praxis ebenso gut funktionieren wie die Ausnahme Englands bei der Währungsunion, da England ja nach wie vor auch als Mitglied der EU den Pfund beibehalten wird.

Sollte allerdings die Ausnahmeklausel für TTIPfreie Länder im TTIP Vertrag nicht fixiert werden, dann bleibt einem EU Land, das mit diesem Vertrag nicht einverstanden ist, nur mehr die Möglichkeit aus der EU auszutreten. Dies wäre dann aber sicherlicht nicht im Sinn der Europäischen Union.

Die EU ist eine Wertegemeinschaft und keine Zwangsgemeinschaft. Wer den Menschen die Selbstbestimmung und Freiheit in lebenswichtigen Bereichen nimmt, wird sie auf lange Sicht zwangsläufig verlieren.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 05

TTIP: verbindliche Umwelt- und Sozialstandards

Die AK Wien fordert, dass Teile des TTIP Vertrags oder Änderungen im Index des Vertrages, wo schädliche Auswirkungen auf Umwelt- und Sozialstandards zu erwarten sind, von den betroffenen Ländern abgelehnt werden können. Sollte es zu keiner gütlichen Einigung bezüglich der Streitpunkte kommen, sollte dem Land eine Ausstiegsmöglichkeit aus dem TTIP Vertrag ohne Sanktions- oder Strafzahlungen gegeben werden.

Die AK Wien stellt fest, dass durch laufende Indexanpassungen im Vertrag, die keinem demokratischen Ratifizierungsprozess unterliegen und nur von Experten erstellt werden, es zu de facto wesentlichen Änderungen im Vollzug des TTIP Vertrages kommen kann. So könnte z.B. ein Pestizid, das als Pflanzenschutzmittel verwendet wird, von den Experten als unbedenklich eingestuft werden, obwohl ein Land, in dem das Pestizid dann aufgebracht werden könnte, begründete und berechtigte Zweifel an der Unbedenklichkeit hat. Da die USA im Gegensatz zu Europa nicht das europäische Vorsorgeprinzip bei Chemikalien verfolgt, können hier relativ leichtfertig vorübergehend – bis sich die Schädlichkeit erwiesen hat – schwerste Gifte in Verkehr gebracht werden. Ein betroffenes EU Land hätte bis zum wissenschaftlich einwandfreien Nachweis der gesundheitsschädlichen Wirkung dieser Substanz keine Möglichkeit, diese Substanz im eigenen Land zu verbieten und aus dem Verkehr zu ziehen.

An dieser Stelle sei der jahrzehntelange Streit um die gesundheitsschädigende Wirkung von Zigaretten in den USA als Beispiel für die Schwierigkeit der Erbringung eines einwandfreien wissenschaftlichen Nachweises bei nicht vorhandenem Vorsorgeprinzip angeführt. Hier hat eine mächtige Industrie jahrzehntelang mittels bezahlter Gutachter und Anwälten die endgültige Rechtsprechung zu ungunsten der KonsumentInnen hinausgezögert.

Hier muss es die Möglichkeit geben, dass einzelne Länder ihre Bewohner und die Umwelt gegen Expertenwillkür und Auswüchse einer hochgradig kapitalaufwändigen Rechtsordnung wirksam und ohne Zeitverlust schützen können. Wer bis zum wissenschaftlichen Nachweis der Gefährlichkeit gezwungen wird, umweltschädliche Stoffe wider besseres Wissen in Verkehr bringen zu müssen, sollte zumindest vorübergehend die Möglichkeit haben, diese Bestimmungen nicht anzuwenden. Es sollte in einem Regulierungsverfahren innerhalb der EU möglich sein, für diese Länder Ausnahmestimmungen zu erwirken, da der Schutz von Umwelt und Menschen

sicher Priorität vor dem freien Handel hat.

Sollte es zu keiner Einigung über Ausnahmeregelungen kommen, muss dieses Land eine Opt-Out Möglichkeit haben, wo es ohne Strafzahlungen oder Sanktionen aus TTIP aussteigt und als sogen. TTIPfreies Land weiterhin Mitglied der EU bleibt.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 06

Pflanzenschutzmittel: Ausbringung nur durch staatlich geprüfte Organe

Die AK Wien spricht sich für einen sorgsameren und geregelten Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft und im Handel aus. Pestizide sollen nur mehr kontrolliert an fachlich und staatlich geprüfte Personen abgegeben werden.

Der Handel mit Pestiziden, die in der Landwirtschaft und in freier Natur wie z.B. privaten Gärten eingesetzt werden, unterliegt derzeit keiner Kontrolle oder Beschränkung. In der EU zugelassene Pestizide dürfen nicht nur von Bauern und Gärtnereien, sondern auch von Privatpersonen gekauft und in die Natur eingebracht werden.

Das geht sogar so weit, dass selbst hoch gesundheitsschädliche Pestizide wie Glyphosat nicht nur von Bauern, sondern auch von Privatpersonen bedenkenlos eingesetzt werden. So wird z.B. Roundup, das Glyphosat als Pestizid enthält, im Supermarkt oder durch Handelsketten als Unkrautvernichter verkauft. Dieses hoch problematische Pestizid kann dann von Hobbygärtnern wahllos in den Garten verstreut werden, um z.B. Rasenflächen von Unkraut zu befreien.

Nicht nur, dass Pestizide eine enorme Umweltbedrohung sind, die Ausbringung erfolgt auch noch durch Personen, die keine chemische Grundausbildung haben, und sich, wenn sie Pestizide versprühen, auch sich selbst und andere in ihrer Gesundheit gefährden können. Darüber hinaus fehlt hier jede Kontrolle, mit welchen Mengen und welchen Pestiziden der Boden jetzt schon belastet ist.

Die Abgabe von Pestiziden sollte also wie bei anderen Gefahrenstoffen (z.B. Sprengstoff, Arzneimitteln, etc.) nur an Fachpersonen mit staatlicher Prüfung abgegeben werden. Diese Personen müssten dann auch die Ausbringung und Dosierung beim Kunden vornehmen. In der Praxis kann das so funktionieren, dass ein Bauer oder Hobbygärtner einen Pestizidbeauftragten des Umweltministeriums den Auftrag erteilt, die Ausbringung des Pestizides XY auf seinem Feld oder in seinem Garten durchzuführen. Damit ist dann sichergestellt, dass keine Überdosierung oder Gefährdung von Umwelt oder Menschen stattfindet. Ausserdem werden Spritzmittelreste fachgerecht entsorgt und nicht einfach in den nächsten Abwasserkanal geschüttet.

Die staatliche kontrollierte Ausbringung von Pestiziden hätte auch den Vorteil, dass der Überblick gewahrt wird, welche Grundstücke wie stark und mit welcher Art von Pestiziden

belastet sind.

Die Ausbildung für diesen amtlich ausgestellten „Giftführerschein“ sollte umfassen:

- Eigensicherung, Erste Hilfe, Verhalten bei Unfällen
- Legale und zertifizierte Beschaffung, Lagerung, Entsorgung
- Chemische, biologische und medizinische Grundlagen
- Wissen über Wirkung in Mensch und Umwelt
- Überblick über legale Herbizide und Pestizide, Dosierungs- und Handhabungsvorschriften unter Berücksichtigung der spezifisch vorliegenden klimatischen und ökologischen Rahmenbedingungen sowie Schutz einer allfällig vorhandenen Nachbarschaft
- Veröffentlichung in einem Herbizid- bzw. Pestizidkatasters und Warnhinweise für sensible oder allergische Personen in Zeiten des Intensiveinsatzes
- Kenntnis allfälliger nicht-toxischer Alternativen bzw. biologische Schädlingsbekämpfung
- Wirkungsmonitoring und Veröffentlichung der Prozesse und Ergebnisse und allfälliger Kooperation mit Universitäten und landwirtschaftlichen Fachschulen

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 07

Pestizidbelastungskataster

Die AK Wien spricht sich für die Errichtung eines Pestizidbelastungskatasters aus, wo die Ausbringung von Pestiziden in Landwirtschaft und Grünlandflächen registriert und veröffentlicht wird.

Die Vielfalt von Pestiziden in der Landwirtschaft und auf Grünlandflächen wie Gärten und andere Grünflächen steigt stetig. Immer mehr neue sogenannte Pflanzenschutzmittel werden entwickelt und in die Umwelt ausgebracht, wobei der Überblick verloren geht, welche Böden wie stark belastet sind und welche Mittel überhaupt in welcher Konzentration ausgebracht werden. Privatpersonen haben hier überhaupt keine Möglichkeit, sich schnell und unbürokratisch einen Überblick zu verschaffen, ob ihr Grundstück mit Pestiziden belastet wurde, oder ob in angrenzenden Feldern Pestizide ausgebracht werden, etc. Bei einer öffentlichen Umweltdatenbank, wo die jährliche Pestizidaufbringung für jedes Grundstück aufgelistet wird, könnte sich jeder Bürger über eventuelle Gefahrenpotentiale rasch und umfassend informieren.

So könnten auch Brunnenbesitzer ihr Trinkwasser gezielt auf Pestizidbelastungen untersuchen oder Imker den Standort ihrer Bienenstöcke so wählen, dass möglichst wenig Pestizidbelastung im Umkreis ihrer Bienenstöcke vorhanden ist, etc.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 08

Umweltfreundliche Verpackung

Die AK Wien spricht sich für die starke Förderung von umweltfreundlichen Glasmehrweggebinden im Lebensmittelbereich aus. Diese Verpackungen wären ein Gewinn für die Umwelt, aber auch für die Gesundheit der Menschen.

Obwohl die Umweltfreundlichkeit von Mehrwegflaschen unbestritten ist, setzt sich diese Lebensmittelverpackung im Handel immer weniger durch. Glasmilchflaschen und Mineralwasserflaschen wurden durch umweltschädliche Kunststoffgebinde ersetzt. Bei manchen Kunststoffgebinden wird noch zusätzlich die Gesundheit der Menschen durch die Weichmacher (Bisphenol) gefährdet, die aus der Verpackung in das Lebensmittel übertreten.

Die Wahlfreiheit der Konsumenten ist hier praktisch nicht mehr gegeben, da er im Supermarkt in seiner Nähe Getränke oder Lebensmittel in Glasmehrweggebinden nicht mehr vorfindet und diese daher nicht kaufen kann, auch wenn er sie gerne hätte. Hier wäre es notwendig, die Supermärkte zu verpflichten, dass sie auch Getränke in Glasgebinden anbieten müssen.

Mögliche Maßnahmen zur Förderung dieser umweltfreundlichen Mehrweggebinde wären z.B.

- Pflicht von Handelsketten, beide Verpackungsarten bei Getränken anzubieten, damit der Kunde die Wahlfreiheit hat
- Entwicklung von Normgebinden bei allen Lebensmitteln und Wiederverwendung von Glasgebinden. Es ist nicht einzusehen, dass bei Lebensmitteln, die sowieso schon im Glasgebinde angeboten werden (wie z.B. Gurkerl, Salate, Oliven etc.) diese Glasgebinde nicht wiederverwendet werden. Die Reinigung von diesen Gefäßen kostet viel weniger Energie und ist viel umweltfreundlicher als das Wieder-Einschmelzen der Glasbehälter. Die Normflaschen und Gläser könnten dann ähnlich der Bierflaschen immer wieder für verschiedenste Lebensmittel wiederverwendet werden.
- Bonus-Malus-System für umweltschädliche und umweltfreundliche Verpackungen

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 09

Betriebsräte Fortbildung

Die AK Wien spricht sich für eine bessere Fortbildung von BetriebsrätInnen (BR) aus, wobei insbesondere die DienstgeberInnen (DG) mehr in die Pflicht genommen werden sollen.

Obwohl die Rechte der BR im Gesetz sehr gut verankert sind, gibt es bei der Fortbildung in der Praxis noch einige Dinge, die zu verbessern wären.

- Neugewählte BR sollen eine standardisierte Grundausbildung erhalten. Während es z.B. bei den Sicherheitsvertrauenspersonen (SVP) so geregelt ist, dass der DG bei der Bestellung einer SVP für die Ausbildung sorgen muss und auch die Grundausbildung bezahlen muss, gibt es bei neugewählten BR eine solche verpflichtende Regelung nicht. Neugewählte BR sollten zu Beginn jeder Amtsperiode eine standardisierte Fortbildung im Ausmaß von mindestens drei Tagen durch AK oder Gewerkschaft bekommen.
- Im Amt befindliche BR sollten durch die DG motiviert anstatt behindert werden, laufend Fortbildungen zu besuchen. Im Gesetz ist zwar geregelt, wie viele Fortbildungstage ein BR nehmen kann oder soll, und der DG ist auch dazu verpflichtet, den BR dafür freizustellen. In der Praxis kommt es aber dann oft zu Terminkollisionen, wo der BR dann von seinem Arbeitsplatz plötzlich unabhkömmlich ist. Nimmt er die Fortbildung aber dann trotzdem in Anspruch, gibt es Konflikte mit dem DG, der die Arbeit für die BR im Allgemeinen nicht so organisiert, dass sich BR leicht freispielen können. BR verzichten dann oft auf die notwendige Fortbildung. Es gibt sogar BR, die während der ganzen Amtsperiode keine einzige Fortbildung besucht haben. Dass hier dann Handlungsbedarf besteht, liegt auf der Hand.
- Nicht konsumierte Fortbildungstage eines BR sollten vom DG mit € 500,- pro Fortbildungstag abgegolten werden. Dieses Geld wird in einen noch zu gründenden Fond von AK oder Gewerkschaft eingezahlt. Die Mittel dieses Fonds werden dann für Ausbildungsangebote für Fortbildungen in den Betrieben vor Ort verwendet.
- Es soll eine Schlichtungsstelle in der AK oder Gewerkschaft eingerichtet werden, an die sich BR wenden können, wenn sie in ihrer Fortbildung oder in ihrer Tätigkeit als BR durch den DG in unzumutbarer Weise behindert werden. Diese Schlichtungsstelle dient der Konfliktlösung zwischen DG und BR und sollte in jedem Fall noch vor einem Gang zum Arbeitsgericht in Anspruch genommen werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 10

Bereitschaftsdienste besser entlohnen

Die AK Wien spricht sich für eine bessere Entlohnung und gesetzliche Regelung von Bereitschaftsdiensten aus.

Prinzipiell werden Bereitschaftsdienste und deren Entlohnung im Arbeitsvertrag zwischen DienstgeberIn (DG) und DienstnehmerIn (DN) einvernehmlich geregelt. In der Praxis wird aber oft der Dienstvertrag gar nicht schriftlich ausgefertigt, oder das Thema Bereitschaftsdienst schleicht sich erst nach Dienstantritt in der Firma ein, wo dann für den DN auch gar nicht so klar ist, dass er Bereitschaft hat.

Wenn zum Beispiel der DN ein Diensthandy bekommt, und der DG ihn auch zu Hause während der Freizeit anruft; oder wenn er vage meint, es könnte sein, dass er den DN zwischendurch mal kurz benötigt nach Dienst, für eine Auskunft. Auch wenn man im Urlaub mal angerufen wird und kurz über Firmenangelegenheiten befragt wird, handelt es sich eigentlich um einen Bereitschaftsdienst.

Hier wird es für den DG sehr schwer nachträglich Gehaltsforderungen zu stellen, da sich der DG in der stärkeren Verhandlungsposition befindet, und man sich das „gute Arbeitsverhältnis“ wegen solcher Kleinigkeiten nicht verderben möchte.

Diese Unterbrechungen der Erholungs- und Freizeit, wenn sie auch nur kurz sind, mindern den Erholungswert drastisch, da ein Abschalten von der Firma, wenn immer wieder Anrufe oder kurze dienstliche Erledigungen dies unterbrechen, sehr schwer ist. Ständige Verfügbarkeit ist ein ziemlicher Erholungskiller und sollte nach Möglichkeit gar nicht auftreten. Hier wäre eine strengere und für den DG teurere gesetzliche Regelung von Vorteil. Nur wenn den DG die Bereitschaft des DN entsprechend viel kostet, wird sich der DG vorher schon überlegen, ob er diese Bereitschaft wirklich braucht.

Es wäre daher von Vorteil einen gesetzlichen Mindesttarif für diverse gängige Freizeitunterbrechungen und versteckte Bereitschaften festzulegen. So könnte ein kurzer mehrminütiger Anruf nach Dienst mit dem Tarif einer Stunde Arbeitszeit verrechnet werden, ein Anruf im Urlaub mit einem Tagesentgelt. Sollte der DN zu Hause auf Abruf für einen dienstlichen Auftrag warten, so sollte hier jede Stunde Bereitschaft mit mindestens 50% des normalen Stundenlohnes entlohnt werden. Bei Bereitschaft am Wochenende und Feiertagen sollte noch entsprechend höher sein.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 11

Keine Busspurbenützung durch Motorräder und Mopeds

Die AK Wien spricht sich gegen eine Benützung der Busspur durch Mopeds und Motorräder aus. Die Busspur sollte nur von Fahrrädern und Bussen benützt werden.

Waren früher die Busspuren nur für Busse und Fahrräder vorgesehen, so dürfen neuerdings diese

Busspuren auch von Motorrädern und Mopeds benützt werden.

Nun sind aber Mopeds und insbesondere Motorräder wesentlich schneller als Fahrräder unterwegs. Während Fahrräder mit vielleicht 10- 20 km/h unterwegs ist, fahren Motorräder in der Praxis oft sogar noch wesentlich schneller als mit den erlaubten 50 km/h. Motorräder sind also aufgrund der höheren Geschwindigkeit eine große Gefahr für RadfahrerInnen, wenn sie auf der selben Busspur unterwegs sind. Dazu kommt noch, dass sie wesentlich schneller beschleunigen können als Busse und Fahrräder, und schlechter sichtbar sind als Busse, weshalb die RadfahrerInnen durch das plötzliche Herannahen von anderen einspurigen, viel schnelleren Fahrzeugen überrascht werden.

Da zu erwarten ist, dass der Radverkehr auch in Zukunft weiter zunehmen wird, und dass dann auch mehr Jugendliche und vielleicht sogar auch Kinder in Begleitung ihrer Eltern die Busspur benutzen werden, wäre es unverantwortlich, die RadfahrerInnen als schwächste VerkehrsteilnehmerInnen einem erhöhtem Unfallrisiko auszusetzen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 12

Verkehrsverbund für W, NÖ und Bgld.

Die AK Wien spricht sich für die Errichtung eines Verkehrsverbundes aus, der die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland umfasst, sodass die Fahrgäste alle öffentlichen VKM der Region mit einer Wochen-, Monats- oder Jahreskarte uneingeschränkt benützen kann.

Die Jahreskarte in Wien wurde und wird sehr gut angenommen. Es ist für Berufstätige eine wesentliche Erleichterung, wenn sie mit Pauschalzahlungen für Netzkarten öffentliche VKM preisgünstig und uneingeschränkt benützen können.

Leider können PendlerInnen, die aus dem Burgenland oder Niederösterreich nach Wien pendeln, so eine Netzkarte nicht für die gesamte Region, sondern nur für eine bestimmte festgelegte Strecke erwerben (VVNB und VOR). Möchte ein/e PendlerIn aber fallweise diese Strecke geringfügig ändern, um auf dem Heimweg noch anderes zu erledigen, muss diese Strecke extra bezahlt werden.

Das ist ein entscheidender Nachteil gegenüber dem Auto, da solche geringfügigen Streckenänderungen zu keiner wesentlichen Erhöhung der Fahrtkosten führen. Der Freiheitsgrad ist daher beim Auto höher und der Organisationsaufwand ist bei den Öffis gegenüber dem Auto erhöht. Dies macht die Öffis gegenüber dem Auto unattraktiver. Um die Menschen überhaupt vom Auto weg und hin zum öffentlichen Verkehr zu bringen sollte jeder auch scheinbar geringe Anreiz zum Umsteigen genützt werden.

Dies wäre aber nicht nur für die PendlerInnen eine Entlastung, sondern generell für alle BewohnerInnen ländlicher Regionen, die mit den öffentlichen Verkehrsmitteln möglichst flexibel und uneingeschränkt kostengünstig unterwegs sein wollen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 13

Nachtschnellbahn

Die AK Wien spricht sich für ein Nachtschnellbahn-Angebot ins nahe nö. Umland analog der Wiener Nacht-U-Bahn aus.

Viele Wiener ArbeitnehmerInnen pendeln mit öffentlichen Verkehrsmitteln aus dem nö. Umland ein. Dies wird erleichtert dadurch, dass über 90 % der Betroffenen innerhalb von 3 km einer Schnellbahnstation wohnen. Wenn diese Menschen aber nicht nur das Angebot an Arbeitsplätzen, sondern auch das vielfältige kulturelle und gastronomische Angebot der Großstadt Wien nutzen wollen, sind sie in der Praxis zwingend auf das Auto angewiesen. Da das nähere nö. Umland („Speckgürtel“) mittlerweile Besiedlungsdichten erreicht hat, die eher schon denen von städtischen Gebieten gleichen, ist anzunehmen, dass eine allfällige Nachtschnellbahn ein genauso positives Erfolgsmodell wie die Nacht-U-Bahn in Wien wird.

Für diesen Entwicklungsprozess ist eine Vorab-Bereitstellung der grundlegenden Strukturen unabdingbar.

Diese Entwicklung würde vor allem einkommensschwächeren ArbeitnehmerInnen nützen, die kein eigenes Auto besitzen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 14

Plakatierer in Lebensgefahr

Die AK Wien spricht sich für den Schutz der Plakatierer vor gefährlichen Arbeitsumständen aus.

Wie ein Blick auf das Stadtbild von Wien zeigt, sind die unterschiedlichsten Arten von Werbeplakaten allgegenwärtig. Sie finden sich nicht nur auf den riesigen, mehrere Quadratmeter großen Plakatwänden, sondern auch auf speziellen Plakatierungsvorrichtungen auf nahezu jedem Licht- oder Ampelmast, die sogen. Protektoren. Genau diese kleineren Plakate entlang von Straßen sind aber mitunter ein Problem.

Besonders gefährlich sind diese zu plakatierenden Protektoren, wenn sie sich auf dem Mittelstreifen einer stark befahrenen Vorrangstraße befinden. Der Plakatierer plakatiert in diesem Fall auf einer oft nicht einmal einen Meter breiten langgezogenen „Verkehrinsel“, während zu beiden Seiten der Verkehr mit 50, 60 oder 70 kmh vorbeirauscht. Die Praxis zeigt, dass in solch gut ausgebauten Vorrangstraßen Geschwindigkeitslimits schlicht irrelevant sind, und auch die Autofahrer aufgrund mangelnden Gefahrenbewusstseins ihre Geschwindigkeit beim Anblick des Plakatierers nicht reduzieren.

Es ist nachvollziehbar, dass im Falle eines Unfalles beim Plakatierer mit schlimmsten Verletzungen oder sogar mit Lebensgefahr zu rechnen ist, wenn dieser beispielsweise aufgrund eines plötzlichen Windstoßes, einer plötzlichen Kreislaufschwäche oder schlichter Unachtsamkeit (beispielsweise infolge von Übermüdung oder Zeitdruck) unversehens auf die Fahrbahn gerät. Es sei auch zu bedenken, dass das ähnliche Berufsbild des Straßenarbeiters als Hochrisikoberuf gilt.

Aufgrund der überaus schlechten Bezahlung verrichten viele Plakatierer ihre Arbeit so schnell wie möglich. Es sind zwar die zugewiesenen Routen fixiert, jedoch kann sich die Zahl der zu plakatierenden Protektoren von Woche zu Woche stark unterscheiden, sodass in Wochen mit starkem Arbeitsaufkommen der Stundenlohn des Plakatierers mitunter weit unterhalb sämtlicher, auch der niedrigsten übrigen Kollektivverträge liegt.

Auch die Unebenheit dieser Verkehrsinseln infolge der Bepflasterung mit Kopfsteinpflaster führt aufgrund von Stolpergefahr zu einem erhöhten Risiko.

Dies erscheint umso unnötiger und tragischer als diese angesprochenen Plakate ohnehin an jeder

Ecke zu finden sind, keinesfalls notwendig sind und möglicherweise auch die Autofahrer ablenken.

Anzuratende Maßnahmen wären:

- Es sollen alle gefährlichen Verkehrssituationen für Plakatierer erfasst und gesondert verschärften Sicherheitsbestimmungen unterworfen werden.
- Die Vergabe von Aufträgen soll nicht erlaubt sein, wenn auf der Verkehrsinsel nicht mindestens ein Meter Platz zu jeder Seite des zu plakatierenden Protektors vorhanden ist. Auch der Abschiebung der Verantwortung durch Vergabe des Plakatierungsauftrages an Subunternehmen soll ein Riegel vorgeschoben werden.
- Bei hochriskanten Verkehrssituationen soll keine Erlaubnis zum Plakatieren mehr erteilt werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 15

Fußgängerampeln

Die AK Wien spricht sich für eine Beschleunigung des Fußgängerverkehrs durch Anhebung der Anzahl der Grünphasen für Fußgänger auf das Niveau des parallel verlaufenden Straßenverkehrs aus

Der Druckknopf für Fußgänger war ursprünglich sinnvoll, ist aber mittlerweile nichts anderes als eine Schikane und ein Bremsmechanismus für Fußgänger.

Wenn man auf einer Wegstrecke von 3 Minuten zusätzlich doppelt so viel oder sogar noch mehr Zeit an Ampeln verliert, als man für den reinen Fußweg benötigt, verwundert es nicht, dass selbst kleinste Besorgungen über kurze Strecken lieber mit dem Auto erledigt werden.

Eine allfällig notwendige Erhöhung der Sicherheit der Fußgänger könnte auch erreicht werden, indem man die grüne Ampelphase der Fußgänger einige wenige Sekunden früher ansetzt als die Ampelphase des parallel verlaufenden Autoverkehrs, und den Fußgängerverkehr im städtischen Gebiet konsequent gegenüber dem Auto bevorrangt.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 16

Schadstoffausstoß von Kraftfahrzeugen

Die AK-Wien spricht sich für eine umfassende Aufklärung der Problemlage der getürkten Schadstoffemissionswerte bei den VW Dieselmotoren aus, und fordert darüber hinaus eine übergeordnete staatliche Prüfstelle, die die Angaben der Hersteller kontrolliert. Weiters sollen die Prüfbedingungen praxisrelevanter gestaltet werden, sodass die Angaben der Hersteller mit den in der Praxis erzielten Werten weitgehend übereinstimmen.

Beim VW Konzern ist nun ein Skandal bekannt geworden und auch zugegeben worden.

Es stellt sich die Frage, warum das als erstes von den USA aufgedeckt wurde. Die Tatsache, dass diese Praxis schon seit Jahren besteht, und die Aufklärung derselben nicht durch österreichische oder europäische Behörden erfolgte, ist ein Alarmsignal.

Da die verschiedenen Automobilhersteller durch Austausch von Personal, Beobachtung und Analyse der Mitbewerber zwecks Verbesserung der eigenen Konkurrenzfähigkeit in einem gewissen Austausch zueinander stehen, könnte es sein, dass die Dieselmotoren des Volkswagen-Konzerns nicht das einzige "schwarze Schaf" sind.

Auch andere Hersteller produzieren und verbauen Dieselmotoren, und auch bei Benzinmotoren könnten die Schadstoffemissionsangaben falsch sein. Es erscheint daher ratsam, auch bei Benzinmotoren, Motorrädern und Mopeds vorsorglich dahingehend zu überprüfen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

165. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 22. Oktober 2015

Antrag 17

Quecksilber in Thunfisch

Die AK Wien spricht sich für die Beibehaltung der Grenzwerte für Quecksilber in Thunfisch von 1mg/kg aus.

Quecksilber ist ein Schwermetall, das vor allem auf das Nervensystem schädigend einwirkt und sich im Laufe der Nahrungskette in immer höheren Konzentrationen anreichert.

Die "biologisch aktive Form" des Methylquecksilbers, als welches das Quecksilber im Gewebe von Fischen und anderen Lebewesen vorliegt, ist nach Auskunft des Umweltbundesamtes noch einmal um mehr als den Faktor 100 gefährlicher als simples elementares Quecksilber.

Gegenwärtig existieren Pläne der EU-Kommission, die höchstzulässige Menge an Quecksilber in großen Raubfischen von 1mg/kg zu verdoppeln, da andernfalls über die Hälfte der gefangenen Thunfische unverkäuflich wären. Im Gegenzug soll der Grenzwert für kleine Friedfische von 0,5 mg/kg auf den Wert von 0,1 mg/kg verschärft werden, wobei sowohl der aktuelle als auch der geplante zukünftige Grenzwert dieser kleinen Fische wegen weit geringerer Bio-Akkumulation problemlos eingehalten werden kann. Ein solches "Abtauschen" von erhöhten Grenzwerten bei großen Raubfischen gegen verschärfte Grenzwerte in einem unproblematischen Bereich ist jedoch unzulässig, da keinesfalls davon ausgegangen werden kann, dass der Konsum von Fisch bei allen KonsumentInnen gleichmäßig verteilt ist. Nahrungspräferenzen sind vielmehr eine Frage der Gewöhnung und Prägung und hochgradig individuell.

Dieses absehbare In-Kauf-Nehmen einer vermehrten Schädigung einer vielleicht gar nicht so kleinen Risikogruppe ist eine Verletzung der Sorgfaltspflicht.

Eine Aufweichung von Gesundheitsschutzbestimmungen auf Zuruf einer mächtigen Lebensmittelindustrie, ein zynisches Hintanstellen der Gesundheit und des Wohlergehens der Menschen zugunsten von Profiten Einzelner durch die von ihnen (den Menschen) gewählten Repräsentanten ist eine alarmierende Praxis, die keinesfalls zur Routine werden darf. Andernfalls wären weitere Erhöhungen der Grenzwerte von Quecksilber und anderen gesundheitsschädlichen Substanzen aufgrund stetig zunehmender globaler Umweltbelastung und -verschmutzung lediglich eine Frage der Zeit.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig